

ÖFFENTLICHE BESCHLUSSVORLAGE**Amt/Eigenbetrieb:**

40 Amt für Schulverwaltung und Hochschulwesen

Beteiligt:55 Fachbereich Jugend und Soziales
Gebäudewirtschaft Hagen**Betreff:**Grundschule Astrid-Lindgren, Hauptstandort Eilpe
hier: Anwohnerbeschwerden über die außerschulische Schulhof-Nutzung**Beratungsfolge:**

23.03.2010 Schulausschuss

Beschlussfassung:

Schulausschuss

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag erfolgt gemäß dem Ergebnis der Beratung.

Begründung

Die Anwohner der Grundschule Astrid-Lindgren, Hauptstandort Eilpe, beschwerten sich seit Jahren, dass Jugendliche, die den Schulhof in den Abendstunden missbräuchlich nutzen, Lärm verursachen und für andere störende Beeinträchtigungen sorgen (siehe Vorlage 0778/2009, Anlage I). Die Verwaltung hat die einzelnen Vorschläge der Anwohner geprüft, den politischen Gremien vorgestellt und mit den entsprechenden Kosten hinterlegt (s. Vorlage 0778/2009, Anlage I). Da mit jedem dieser Lösungsversuche Kosten verbunden sind (s. Vorlage 0271/2007, Anlage II), wurden diese angesichts der städt. Haushaltslage nicht beschlossen.

Als kostenneutrale Lösung wurde seitens des Fachbereiches für Jugend und Soziales anschließend das Gespräch mit den Jugendlichen gesucht, woraufhin sich die Lage entspannt hatte. Bei weiteren Besuchen vor Ort wurden die zuvor den Lärm und die anderen störenden Begleitumstände verursachenden Jugendlichen nicht mehr angetroffen. Vielmehr sollen sich in letzter Zeit junge und auch ältere Erwachsene auf dem Schulhof aufgehalten haben. Da dem Fachbereich für Jugend und Soziales für die Betreuung dieser Altersgruppe ein Streetworker fehlt, konnten diesbezüglich keine weiteren Schritte unternommen werden.

Falls nunmehr eine der bereits vorgeschlagenen Lösungen umgesetzt werden sollte, so wäre auch die erforderliche Finanzierung zu sichern. Da es sich bei diesen Lösungen um freiwillige Aufgaben handelt, dürften diese angesichts des stringent anzuwendenden § 82 GO.NW derzeit auch nicht umgesetzt werden.



Finanzielle Auswirkungen

☒

Es entstehen keine finanziellen und personellen Auswirkungen

Rechtscharakter

<input type="checkbox"/>	Auftragsangelegenheit	<input type="checkbox"/>	Fiskalische Bindung
<input type="checkbox"/>	Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung	<input type="checkbox"/>	Beschluss RAT, HFA, BV, Ausschuss, sonst.
<input type="checkbox"/>	Pflichtaufgabe der Selbstverwaltung	<input type="checkbox"/>	Dienstvereinbarung mit dem GPR
<input type="checkbox"/>	Freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe	<input type="checkbox"/>	Ohne Bindung
<input type="checkbox"/>	Vertragliche Bindung		

1) Gesamtkosten der Maßnahme/ Aufwand	0,00 €
a) Zuschüsse Dritter	0,00 €
b) Eigenfinanzierungsanteil	0,00 €

2) Investive Maßnahmen

Die Finanzierung der Maßnahme ist gesichert/ soll gesichert werden durch
Veranschlagung im investiven Teil des
Teilfinanzplans , Teilfinanzstelle

Jahr	lfd Jahr	Folgejahr 1	Folgejahr 2	Folgejahr 3	
Betrag	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €

3) Konsumtive Maßnahmen

Die Finanzierung der Maßnahme ist beantragt zum/ vorgesehen im

Ergebnisplan Produktgrp. Aufwandsart Produkt:

4) Folgekosten

a) jährliche Kreditfinanzierungskosten für den Eigenfinanzierungsanteil **0,00€**
(nur bei investiven Maßnahmen)

b) Gebäudeunterhaltsaufwand je Jahr **0,00€**

c) sonstige Betriebskosten je Jahr **0,00€**

d) personelle Folgekosten je Jahr **0,00€**

Stellen-/Personalbedarf:

Anz. Stelle(n) nach BVL-Gruppe **Bewertung** sind im **Jahr** einzurichten

Anz. üpl. Bedarf(e) in BVL-Gruppe **Bewertung** sind im **Datum** anzuerkennen

e) Abschreibung je Jahr (nur bei investiven Maßnahmen) **0,00€**

Zwischensumme **0,00€**

abzüglich zusätzlicher Erlöse je Jahr **0,00€**

Ergibt Nettofolgekosten im Jahr von insgesamt 0,00€

5) Bilanzielle Auswirkungen (von der Kämmerei auszufüllen)



Verfügung / Unterschriften

Veröffentlichung

Ja

Nein, gesperrt bis einschließlich _____

Oberbürgermeister**Gesehen:**_____
Stadtkämmerer_____
Stadtsyndikus_____
Beigeordnete/r**Amt/Eigenbetrieb:**

40 Amt für Schulverwaltung und Hochschulwesen

55 Fachbereich Jugend und Soziales

Gebäudewirtschaft Hagen

Gegenzeichnen:

Beschlussausfertigungen sind zu übersenden an:**Amt/Eigenbetrieb:****Anzahl:**
